

22.04.2024

Neudruck

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der SPD

Verfassungsschutzbericht 2023 - welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um unsere Demokratie vor Extremismus und Verfassungsfeinden zu schützen?

Am 18.04.2024 wurde der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2023 vorgestellt. Der Bericht zeigt auf, dass die Bedrohungslage durch Extremismus weiterhin sehr hoch ist. Die politisch motivierte Kriminalität ist sowohl in den Phänomenbereichen Rechtsextremismus, Islamismus, Auslandsbezogener Extremismus als auch Linksextremismus gestiegen. Die Zahl der bekannt gewordenen Gewaltdelikte mit politischer Motivation stieg gegenüber dem Vorjahr um 36,6 Prozent! Die Zahl der antisemitischen Straftaten ist mit einem Anstieg um 65,3 Prozent auf einem neuen Höchststand. Insbesondere nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 07.10.2023 sind hier die Übergriffe auf bedrückende Weise angestiegen.

Der Verfassungsschutzbericht verdeutlicht, dass unsere offene, demokratische Gesellschaft von vielen Seiten unter Druck steht. Extremisten und Demokratiefeinde sämtlicher Couleur setzen alles daran, den öffentlichen Diskurs zu vergiften und unsere demokratischen Institutionen zu schwächen. Eine verrohende Sprache in Politik und sozialen Medien mündet immer öfter auch in offene Hetze und Gewalt. Alle Demokratinnen und Demokraten stehen in der Pflicht, sich diesen Tendenzen entschieden entgegenzustellen! Denn eine funktionierende Demokratie lebt von Vertrauen, engagierten Bürgerinnen und Bürgern und wehrhaften Institutionen.

Angesichts der Brisanz dieser Entwicklung beantragen wir, dass der Landtag von Nordrhein-Westfalen im Rahmen einer Aktuellen Stunde über den aktuellen Verfassungsschutzbericht und über die erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung von Extremisten und Verfassungsfeinden diskutiert.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Elisabeth Müller-Witt
Sven Wolf
Christina Kampmann

und Fraktion